



Die Fraktionen  
von Bündnis'90/DIE GRÜNEN  
der Christlich Demokratischen Union – CDU  
der Freien Demokratischen Partei – FDP  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – SPD  
der Wählergemeinschaft in Remscheid – W.i.R.  
im Rat der Stadt Remscheid

## Begleitbeschluss der Ratsfraktionen zum Haushalt 2005 der Stadt Remscheid mit Zielsetzungen für den Haushalt 2006 und Folgejahre

- NEUFASSUNG -

Der Rat der Stadt Remscheid möge beschließen:

### Haushalt 2005

#### 1. Sach- und Betriebsausgaben

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ohne Personalkosten werden gegenüber dem vorgelegten Haushaltsentwurf (Ratssitzung vom 21.02.2005) um mindestens 2,5 Millionen Euro gekürzt. Die Fraktionen streben eine Einsparung von 5% an und bitten den Kämmerer, alle dafür möglichen Einsparungen auszunutzen. Dabei sind Auslagerungen, Privatisierungen sowie Einsparungen aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) nicht einzurechnen und gesondert auszuweisen. Diese Vorgabe gilt für alle im Antrag genannten Haushaltsdaten.

##### 1.1

Bei Ausgaben für Sach- und Betriebsaufwendungen im Verwaltungshaushalt wird zukünftig ausgewiesen, ob es sich um werterhaltende Maßnahmen handelt.

In diesem Haushaltsjahr sollen die Ansätze der zum

Sammelnachweis der Untergruppe 50100 (Unterhaltung der baulichen Anlagen),  
Sammelnachweis der Untergruppe 50200 (Unterhaltung der technischen Anlagen)

und

der Untergruppe 51200 (Straßenunterhaltung und Beseitigung von  
Gefahrenpunkten) in den Unterabschnitten 6300, 6500, 6600 und 6650

gehörenden Haushaltsstellen auf Basis des Rechnungsergebnisses für das Haushaltsjahr 2003 im Haushalt 2005 und in der Finanzplanung verstetigt fortgeführt werden, um einen weiteren Verzehr städtischen Vermögens zu verhindern.

## 1.2

Neben der Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen des bergischen Städtedreiecks und den kreisangehörigen Gemeinden des Umlandes soll verwaltungsintern eine höhere Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

Sämtliche Beschaffungsaufgaben der Verwaltung sollen weiterhin gebündelt und in einem städtischen Zentraleinkauf wahrgenommen werden. Dazu sollen neben den klassischen Aufgaben der Beschaffung von Betriebsmitteln, Einrichtungsgegenständen und Verbrauchsmaterial auch die bestehenden Verträge der Stadt Remscheid (Mietverträge, Leasingverträge, Versicherungsverträge, usw.) erfasst werden.

## 2. Begrenzung der Personalkosten

Die Personalkosten für die ständig beschäftigten Mitarbeiter der Stadtverwaltung Remscheid werden für das Haushaltsjahr 2005 in ihrer Summe auf der Höhe des Rechnungsergebnisses für das Haushaltsjahr 2004 eingefroren, das entspricht einem Betrag von 70,9 Millionen Euro. Dabei sind Auslagerungen, Privatisierungen sowie Einsparungen aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) nicht einzurechnen und gesondert auszuweisen. Abweichungen sind gegenüber dem Finanzausschuss zu begründen.

## 3. Änderungen im Haushalt 2005

In den Verwaltungshaushalt 2005 werden folgende Änderungen aufgenommen:

- ?? 314.400,- € Mehrbedarf für die Straßenerhaltung
- ?? 130.000,- € zur Finanzierung von 32 OGGS-Gruppen an Remscheider Grundschulen
- ?? 10.000,- € für Erhebungsmaßnahme Senioren

In den Vermögenshaushalt 2005 wird folgende Änderung aufgenommen:

- ?? 30.000,- € für Knoten Eisenstein

Die Kompensation ist durch Minderausgaben in gleicher Höhe sowohl im Verwaltungshaushalt wie auch im Vermögenshaushalt darzustellen.

# Zielsetzungen 2006 und Folgejahre

## 4. Entwicklung der Personalkosten

Die Verwaltung wird beauftragt, bis 2009 die Personalkosten unter Einrechnung der vom Innenminister vorgegebenen Orientierungsdaten um zehn Prozent zu reduzieren. Nach heutigem Stand entspräche dies einer Rückführung der Personalkosten auf 63,5 Millionen Euro. Dabei sind Auslagerungen, Privatisierungen sowie Einsparungen aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) nicht einzurechnen und gesondert auszuweisen.

Die Finanzplanung ist entsprechend anzupassen.

### 4.1

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat der Stadt Remscheid bis Ende 2005 den Entwurf einer Zielvereinbarung vorzulegen, die die Umsetzung der zuvor genannten haushaltswirtschaftlichen Ziele unter auch der Berücksichtigung der dezernatsbezogenen Budgetierung der Personalkosten vorsieht.

Den Dezernaten ist eine entsprechende Einsparvorgabe mitzuteilen, das Verfahren ist vom Kämmerer zu begleiten.

Darüber hinaus soll ein Vorschlag zur Einführung eines vierteljährlichen Berichtswesens für den Personalhaushalt und den Stellenplan erarbeitet werden. Die Berichte werden gegenüber dem Finanzausschuss abgegeben.

## 5. Konzept zur Personalbewirtschaftung und -entwicklung

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen, das folgende Rahmenbedingungen erfüllen soll:

### 5.1

Die Differenz zwischen dem Soll- und Ist-Stellenplan ist zu reduzieren, das heißt die Zahl unbesetzter Stellen ist deutlich zu reduzieren.

### 5.2

Die Auswirkungen der Arbeitszeitregelungen, unter anderem Einführung der 41-Stunden-Woche bei Beamten, sind im Stellenplan durch zeitnah umsetzbare Stellenvermerke, d.h. Kw-Vermerke, zu hinterlegen.

### 5.3

Der Finanzausschuss soll künftig den Fachausschüssen Empfehlungen in Personalfragen aussprechen und zugleich die Maßnahmen des Konzepts zur Personalbewirtschaftung und -entwicklung begleiten. Der Finanzausschuss übernimmt damit Steuerungs- und Kontrollaufgaben im Bereich der Personalentwicklung.

### 5.4

Es ist eine Übersicht zu erstellen, die jene Stellen ausweist, die als Kompensation von Mehrausgaben eingesetzt wurden und deshalb „künftig wegfallend“ gestellt sind.

Diese Übersicht ist unterjährig fortzuschreiben und Veränderungen besonders auszuweisen, so dass der „Kompensationserfolg“ künftig nachvollzogen werden kann.

#### 5.5

Die für den Bereich der Personalwirtschaft verantwortlichen Teilbereiche der Verwaltung werden gebündelt, das heißt die Aufgabenteilung zwischen dem Personalamt und der Serviceeinheit Betriebswirtschaft und Controlling wird aufgehoben. Das Konzept mit der Darstellung von Synergien ist dem Finanzausschuss und dem Rat zum Ende 2005 zum Beschluss vorzulegen.

#### 5.6.

Einführung eines unterjährigen Berichtswesens (beispielsweise durch die Einführung personalwirtschaftlicher Quartalsberichte), das in Ergänzung zur Managementplanung der einzelnen Dezernate Auskunft über die Entwicklungen in folgenden Bereichen geben soll:

- Beschäftigtenzahl
- Personalkosten
- Krankenstand
- Umsetzung von Stellenvermerken
- Zahl unbesetzter Stellen
- Fluktuation

Diese Übersicht ist dem Finanzausschuss und dem Rat quartalsweise vorzulegen.

#### 5.7

Innerhalb der Verwaltung – zwischen Führungskräften und Mitarbeitern – sollen Zielvereinbarungen eingeführt werden, u.a. zur Vereinbarung von Leistungszielen, Projekten wie auch im Bereich der Weiter- und Fortbildung. Über die Fortschritte wird halbjährlich im Finanzausschuss berichtet.

#### 5.8

Im Rahmen der verwaltungsinternen Weiter- und Fortbildung sollen Mitarbeiter auf die Wahrnehmung neuer Aufgaben vorbereitet und geschult werden, zugleich sollen Mitarbeiter befähigt werden, ggf. erforderliche Krankheits- und Urlaubsvertretungen außerhalb ihres täglichen Arbeits- und Wirkungskreises wahrzunehmen. Über die Fortschritte wird halbjährlich im Finanzausschuss berichtet.

### 6. Leistungen an Dritte

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Leistungen an Dritte hinsichtlich möglicher Kürzungen und Streichungen zu untersuchen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere darzulegen, ob die Leistungen den gesetzlichen Standards entsprechen. Werden die gesetzlich verpflichtenden Standards überschritten oder ist eine gesetzliche Leistung nur dem Grunde und nicht der Höhe nach verpflichtend, so hat die Verwaltung die Erwägungen darzulegen, die sie im Rahmen ihres Ermessensspielraumes zur Bewilligung der je weiligen Leistung angestellt hat.

Mit Dritten geschlossene Verträge, bei denen in nächster Zeit Kündigungsmöglichkeiten bestehen, sind vorrangig zu bearbeiten. Die Verwaltung wird gebeten, dem Finanzausschuss am 29. August 2005 eine Rangliste der

abzuarbeitenden Verträge vorzulegen und quartalsweise über die Abarbeitung zu berichten. Zu jedem Vertrag ist der Politik ein „Übersichtsblatt“ mit allen wichtigen und entscheidungsrelevanten Informationen vorzulegen.

### 7. Privatisierung und Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben

Die Verwaltung legt dem Finanzausschuss zur Sitzung am 24. Oktober 2005 eine Liste aller Organisationseinheiten der Stadtverwaltung vor, aus der ersichtlich ist, welche Aufgaben nicht zu den Kernaufgaben der eigentlichen Verwaltung gehören. Für jede OE ist eine Übersicht zu erstellen, wie sie auch außerhalb der Verwaltung weitergeführt werden kann. Prüfaufträge für einzelne Bereiche, wie z.B. OE 28 Gebäudemanagement, OE 62 Vermessung, Kataster und Liegenschaften, OE 26 Materialwirtschaft, OE 67 Landschaft, Grünflächen, Friedhöfe, Schullandheim Bernau etc. werden auf Basis der zu erstellenden Liste im Oktober dem Rat vom Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

### 8. Kosten- und Leistungsrechnung / Aufgaben- und Organisationskritik

Um finanz- und personalwirtschaftliche Entscheidungen der Verwaltung und des Rates durch eine nachvollziehbare und glaubwürdige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu ermöglichen wird die zügige und zielgerichtete Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements begrüßt und unterstützt.

Aufgrund der sich wandelnden gesetzlichen Rahmenbedingungen und vor dem Hintergrund der Bevölkerungsprognose für die Stadt Remscheid ist eine Aufgaben- und Organisationskritik innerhalb der Stadtverwaltung erforderlich. Die weiteren Schritte für eine Verwaltungsmodernisierung können nur auf den Ergebnissen dieser Aufgaben- und Organisationskritik fußen.

Die Fraktionen beauftragen die Stadtverwaltung bis zum Dezember 2005, einen entsprechenden Umsetzungsplan mit den zugehörigen Meilensteinen vorzulegen

### 9. Vorbereitung Haushaltsplan 2006

Für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2006 fassen die Fraktionen einen Eckwerte Beschluss, der die Planansätze auf die Rechnungsergebnisse von 2004 begrenzt.

gez. Karl Heinz Humpert  
Fraktionsvorsitzender  
CDU

gez. Hans-Peter Meinecke  
Fraktionsvorsitzender  
SPD

gez. Beatrice Schlieper  
Fraktionssprecherin  
Bündnis'90/DIE GRÜNEN

gez. Wieland Gühne  
Fraktionsvorsitzender  
W.i.R.

gez. Wolf Lüttinger  
Fraktionsvorsitzender  
FDP